

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 183/ 2018  
Boostedt, Donnerstag, 7. Juni 2018

Innenpolitik/ Boostedt

## Gemeinden dürfen sich nicht alleingelassen fühlen

BOOSTEDT: Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jan Marcus Rossa, und der kommunalpolitische Sprecher, Stephan Holowaty, haben sich heute (7. Juni 2018) gemeinsam mit dem Bürgermeister von Boostedt, Hartmut König, einen persönlichen Eindruck über die Situation der Gemeinde Boostedt verschafft. Vor allem die Erstaufnahmeeinrichtung stellt die Kommune vor infrastrukturelle, soziale und sicherheitsrelevante Herausforderungen. Jan Marcus Rossa sagt: „Man hat mit der Einrichtung der EAE praktisch über Nacht die Bevölkerung um 25 Prozent erhöht. Zwar ist die Bevölkerung sehr engagiert in der Flüchtlingshilfe, aber langfristig ist die Gemeinde mit den anfallenden Problemen überfordert und fühlt sich zu Recht alleine gelassen. Da muss das Land unterstützen.“

Bei dem Rundgang durch die Erstaufnahmeeinrichtung ging es auch um die Frage, ob das Schutzkonzept für die Landesunterkünfte vernünftig umgesetzt wird. Gerade vor dem Hintergrund der letzten Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Polizei werden hier Verbesserungen angeregt. Derzeit sind in Boostedt knapp 1200 Flüchtlinge untergebracht. Im Gegensatz zu den Anfängen der Flüchtlingskrise verweilen die Bewohner länger in der Unterkunft. Vor allem Langeweile und zunehmende Perspektivlosigkeit sorgen für Konflikte.

Ein großes Problem stellt für die Gemeinde Boostedt die lange ungeklärte Dauer der Nutzung der EAE dar. Zunächst hatte das Innenministerium mitgeteilt, dass die Nutzung bis 2024 befristet werden soll, gleichzeitig aber der GMSH eine Zustimmung für eine unbefristete Nutzung der Gebäude beantragt. „Solche Pannen dürfen nicht passieren.“, sagt Stephan Holowaty, „Wenn das gemeindliche Einvernehmen hergestellt werden soll, dürfen nicht über die Köpfe der Kommunen hinweg Entscheidungen gefällt werden. Das schafft kein Vertrauen in der Bevölkerung und gefährdet die Ak-

zeptanz von Flüchtlingseinrichtungen. Die Kommunikation zwischen Kommunen und Land muss besser werden.“

Für die Gemeinde Boostedt hatte die mangelnde Planungssicherheit auch an anderer Stelle Folgen. Der Bund hat die Gemeinde hinsichtlich einer zivilen Nutzung des Bundeswehrstandorts lange im Unklaren gelassen. Das Kasernengelände soll neu genutzt werden, doch solange es keine konkrete Entscheidung gibt, liegen die Konversionspläne auf Eis. Das hat auch unmittelbare Auswirkungen für die Freiwillige Feuerwehr Boostedt, die dringend ein neues Gerätehaus braucht und ein ehemaliges Bundeswehrgebäude nutzen könnte, statt ein neues Gebäude zu bauen. Stephan Holowaty: „Die Gemeinde muss sich bei ihren Planungen auf Zusagen verlassen können. Das Hin und Her bei der Entscheidung über die Nutzung des ehemaligen Bundeswehrgeländes geht zu Lasten ehrenamtlich tätiger Menschen in Boostedt.“

Mit Problemen, wie sie jetzt in Boostedt aufgelaufen sind, dürften sich auch andere Kommunen konfrontiert sehen. Jan Marcus Rossa: „In der sogenannten Akutphase der Flüchtlingskrise boten sich ehemalige Kasernengelände als Flüchtlingsunterkünfte an. Doch jetzt geht es um die Verstetigung von Unterkünften. Und da müssen wir uns fragen, ob es sachgerecht ist, wenn ein Dorf wie Boostedt mit rund 4.500 Einwohnern eine Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 2.500 Menschen verkraften kann oder ob die Lasten nicht gerechter auf mehrere Kommunen zu verteilen gewesen wären.“